

Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

**Verantwortung für Frieden und
Wohlfahrt der Völker**

Die Aktualität des Darmstädter Wortes von 1947



242

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Carl Ordnung

**Verantwortung für Frieden und
Wohlfahrt der Völker**

Die Aktualität des Darmstädter Wortes von 1947

1987

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

ISSN 0440 - 5862
ISBN 3 - 372 - 00147 - 8

1. Auflage · Heft 242 · 1987
Ag-Nr. 224/63/87
702 619 5
00050

Die Zahl der Erklärungen, die kirchliche Gremien und Gruppen während der letzten Jahrzehnte zur politischen Verantwortung des Christen verfaßt haben, läßt sich nicht mehr übersehen. Manche dieser Verlautbarungen werden von den Kirchengemeinden kaum zur Kenntnis genommen. Andere sind für ein paar Jahre im Gespräch, bis sie durch neue Einsichten und Aufgabenstellungen überholt werden. Ganz wenige behalten über Jahrzehnte hinweg ihre wegweisende Funktion oder nehmen in ihrer Bedeutung sogar noch zu. Zu ihnen gehört das „Wort des Reichsbruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes“, das vor 40 Jahren, am 8. August 1947, in Darmstadt verabschiedet wurde. Es hat folgenden Wortlaut:

„1. Uns ist das Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus gesagt. Dies Wort sollen wir hören, annehmen, tun und ausrichten. Dies Wort wird nicht gehört, nicht angenommen, nicht getan und nicht ausgerichtet, wenn wir uns nicht freisprechen lassen von unserer gesamten Schuld, von der Schuld der Väter wie von unserer eigenen, und wenn wir uns nicht durch Jesus Christus, den guten Hirten, heimrufen lassen auch von falschen und bösen Wegen, auf welchen wir als Deutsche in unserem politischen Wollen und Handeln in die Irre gegangen sind.

2. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Dadurch haben wir dem schrankenlosen Gebrauch der politischen Macht den Weg bereitet und unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt. — Es war verhängnisvoll, daß wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen. Damit haben wir unsere Berufung verleugnet, mit den uns Deutschen verliehenen Gaben mitzuarbeiten im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker.

3. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine „christliche Front“ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir

haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.

4. Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.

5. Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.

6. Indem wir das erkennen und bekennen, wissen wir uns als Gemeinde Jesu Christi freigesprochen zu einem neuen, besseren Dienst zur Ehre Gottes und zum ewigen und zeitlichen Heil der Menschen. Nicht die Parole: Christentum und abendländische Kultur, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten in der Kraft des Todes und der Auferstehung Jesu Christi ist das, was unserem Volk und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst nottut.

7. Wir haben es bezeugt und bezeugen es heute aufs neue: ‚Durch Jesus Christus widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.‘ Darum bitten wir inständig: Laßt die Verzweiflung nicht über Euch Herr werden, denn Christus ist der Herr. Gebt aller glaubenslosen Gleichgültigkeit den Abschied, laßt Euch nicht verführen durch Träume von einer besseren Vergangenheit oder durch Spekulationen um einen kommenden Krieg, sondern werdet Euch in dieser Freiheit und in großer Nüchternheit der Verantwortung bewußt, die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient.“

I. Vorgeschichte und Entstehung

Dieses Wort entstand am Schnittpunkt zweier Entwicklungslinien, einer politischen und einer kirchlich-theologischen. In beiden Zusammenhängen waren Entscheidungssituationen herangereift. Indem sie ihre kirchlichen und politischen Erfahrungen im Lichte der biblischen Botschaft bedachten, haben sich die Verfasser des Wortes diesen Herausforderungen gestellt und die Kirche zur Entscheidung gerufen. Was sie an Urteilen und Orientierungen formulierten, wurde aufs ganze gesehen vom seitherigen Verlauf der Geschichte bestätigt. Darin liegt die exemplarische Bedeutung des Darmstädter Wortes.

Die politische Situation

Das deutsche Volk war trotz des opferreichen Kampfes deutscher Antifaschisten nicht in der Lage, sich von der faschistischen Gewaltherrschaft zu befreien. Es waren die Mächte der Antihitler-Koalition, die den Militär- und Staatsapparat des deutschen Faschismus zerschlugen. Der Großteil der Bevölkerung Deutschlands hatte mit dem faschistischen System kollaboriert oder es zumindest toleriert. Für ihn war der 8. Mai 1945 zunächst nicht der Tag der Befreiung, sondern der Besiegelung der totalen Niederlage.

Im Potsdamer Abkommen legten die Staaten der Antihitler-Koalition Maßnahmen zur Ausrottung des Faschismus, zur Zerschlagung seines Militärapparates und zur Einleitung eines Prozesses zur Demokratisierung des deutschen Volkes fest. Dabei sollte das besetzte Deutschland als Einheit behandelt werden mit dem Ziel, daß es als antifaschistisch-demokratischer Staat eines Tages in die Gemeinschaft der Völker zurückkehren könnte.

Die Westmächte verrieten schon bald die Potsdamer Vereinbarungen. Unter Ausnutzung des Atombombenmonopols der USA starteten sie den Versuch, den Sozialismus und die Sowjetunion, die Hauptmacht bei der Zerschlagung des Faschismus aus Mitteleuropa zurückzudrängen („roll-back“). Zu diesem Zwecke proklamierten sie den kalten Krieg gegen den ehemaligen Verbündeten und gingen sie daran, die von ihnen besetzten Teile des ehemaligen Deutschen Reiches in diese anti-kommunistische Front einzugliedern. In der Verfolgung dieses Zieles mußten die konsequent demokratischen und erst recht alle sozialistischen Tendenzen, wie es sie nach 1945 auch in den Westzonen gab, gestoppt und stattdessen die Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen gefördert

werden. Das geschah zunächst mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Schon Ende 1946 schlossen sich die amerikanische und die britische Zone zu einer separaten Wirtschaftseinheit, der Bizone, zusammen. 1948 begann mit Hilfe des Marshallplanes ein Wirtschaftsaufbau, der die Anbindung der Westzonen an die USA verstärkte. Im Juni 1949 wurde in diesen Zonen eine separate Währungsreform durchgeführt und im September schließlich ein eigener westdeutscher Staat gegründet, der seine Hauptaufgabe darin sah, ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu sein.

Zwei Jahre vorher, im Sommer 1947, waren alle diese Tendenzen schon deutlich sichtbar. Auf der Viermächte-Außenministerkonferenz in Moskau protestierte die Sowjetunion gegen die Bildung der Bizone und alle weitergehenden Spaltungsversuche. Zur gleichen Zeit wurde in den USA die sog. „Truman-Doktrin“ der gezielten weltweiten Konfrontation mit dem Sozialismus verkündet. Im Juni reisten die Ministerpräsidenten der fünf Länder der Sowjetischen Besatzungszone zu einem Treffen mit ihren westdeutschen Kollegen nach München. Ihr Versuch, die Frage einer gesamtdeutschen Regierung auf die Tagesordnung zu setzen, scheiterte, weil die westdeutschen Ministerpräsidenten nur bereit und befugt waren, über Wirtschaftsfragen zu verhandeln.

Das war die Situation, in der das Darmstädter Wort formuliert wurde. Trotz der bedrohlichen Entwicklungen schien es noch möglich, einen antifaschistisch-demokratischen Staat zu schaffen und die sich abzeichnende Aufspaltung Deutschlands zu verhindern und damit dem kalten Krieg, der mit der „Truman-Doktrin“ neue Nahrung erhalten sollte, an einem weltpolitisch entscheidenden Frontabschnitt – in Mitteleuropa – eine Alternative entgegenzusetzen.

Die kirchliche Situation

Der deutsche Protestantismus war vorherrschend konservativ und antidemokratisch. Geschichtlich gewann er mit und nach der Reformation Gestalt im Staatskirchentum, das durch ein enges Bündnis von Thron und Altar charakterisiert ist. Als die Monarchie von der Novemberrevolution 1918 zum Abtreten gezwungen wurde, hielten die protestantischen Kirchen weithin an ihrer konservativen Einstellung fest und lehnten die Weimarer Republik ab. Die große Mehrheit ihrer Mitglieder und vor allem ihrer Führer begrüßten aus dieser Haltung heraus die faschistische Machtübernahme. Wogegen manche sich dann wehrten, das war der Versuch des faschistischen

Staates, mit Hilfe der sog. „Deutschen Christen“ (DC) eine Synthese aus faschistischer Ideologie und christlichem Glauben herzustellen. Das änderte aber bei den allermeisten nichts an der grundsätzlichen politischen Loyalität gegenüber dem faschistischen Staat, seiner Außenpolitik und auch im Blick auf den Krieg, den er vom Zaune brach.

Nur bei einer kleinen Schar von Protestanten nahm der geistliche Widerstand je und dann auch politische Züge an, wie es etwa bei Martin Niemöller oder Dietrich Bonhoeffer exemplarisch sichtbar wurde. Das Erstaunliche war, daß Pfarrer und Theologen in diesem Kampf nicht allein blieben, sondern daß sich ihnen da und dort ganze Kirchengemeinden oder Teile von Gemeinden anschlossen. Diese Gemeinden und Gruppen, die sich zur Bekennenden Kirche (BK) formierten, wurden die eigentliche Basis für den Widerstand. Als beispielsweise Martin Niemöller in ein Konzentrationslager verschleppt wurde, da schwieg der ganze kirchliche Apparat, aber Hunderte von Gemeindegliedern aus dem Rheinland, aus Bayern und Schlesien fuhren nach Berlin, um bei der Gestapo dagegen zu protestieren.

In diesem Kampf der BK ereignete sich geistliche Erneuerung. Eine neue Form von Kirche gewann Gestalt, die ihr Zentrum in der mündigen Gemeinde von Brüdern und Schwestern hatte, so wie sie in der Theologie Karl Barths und der Theologischen Erklärung von Barmen 1934 anvisiert worden war. Diese bekennenden Gemeinden verweigerten den mit dem faschistischen Staat kollaborierenden Kirchenleitungen den Gehorsam. Sie schufen sich eigene vorläufige Leitungsorgane. Der Reichsbruderrat war das oberste Leitungsgremium der BK.

Es gab also im faschistischen Deutschland drei Strömungen im deutschen Protestantismus: auf der einen Seite die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, die offen für den Faschismus Partei nahm. Nach anfänglichen Erfolgen in den Jahren 1933 und 1934 verlor sie an Einfluß. Auf der anderen Seite stand die BK, in der aber nur der linke Flügel stärker zum politischen Widerstand tendierte. Dazwischen lag die zahlenmäßig bei weitem stärkste Gruppe der „Mitte“, die zwar gewisse Vorbehalte gegenüber dem Faschismus hatte, die aber keineswegs mit der konservativ-nationalistischen Tradition des deutschen Protestantismus gebrochen hatte. Ihr, zu der vor allem auch die Männer aus den kirchlichen Behörden gehörten, ging es um die Erhaltung des kirchlichen Apparates, was sie am ehesten zu erreichen meinte, wenn man sich auf Innerkirchliches beschränkte und zu politischen Vorgängen schwieg.

Der 8. Mai 1945 besiegelte das Ende der faschistischen Gewaltherrschaft. Millionen von Menschen hatten ihr Leben verloren. Weite Landstriche lagen in Trümmern. Auch das deutsche Volk stand vor materiellen und geistigen Zerstörungen, deren Ausmaß damals kaum einer überschauen konnte. Obwohl auch die Kirchen manche Unterdrückung und Beeinträchtigung erfahren hatten, so gehörten sie doch zu jenen Organisationen, die relativ intakt geblieben waren. Die Haupt Sorge jener Kirchenmänner, die sich nach dem 8. Mai als erste zu Wort meldeten, galt freilich nicht der Schuldverstrickung der Kirche und ihrer inneren Erneuerung, sondern der Wiederherstellung der Integrität der kirchlichen Organisation.

Darum ging es besonders dem württembergischen Landesbischof Wurm. Seit 1941 betrieb er ein „Kirchliches Einigungswerk“, das darauf abzielte, die Einheit der Kirche von der BK bis zu konservativ-nationalistischen Kreisen unter Ausschluß der „Deutschen Christen“ zu erhalten. Ganz in diesem Sinne bereitete der Bischof für Ende August eine Kirchenführerkonferenz vor, die dann in Treysa bei Kassel stattfand. Der eben aus dem KZ befreite Martin Niemöller versammelte wenige Tage vorher in Frankfurt/Main die Mitglieder des Reichsbruderrates, um zu beraten, wie der Ertrag des Kirchenkampfes sinnvoll in die neu zu bildende kirchliche Organisation eingebracht werden könne.

Die Konferenz von Treysa endete mit einem Kompromiß. In den Fragen der Organisation und Ordnung setzten sich die Vorstellungen von Wurm durch, die unterstützt wurden von den lutherischen Kirchen, die sich auf konfessioneller Basis zum „Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands“ zusammengeschlossen hatten. In den neugebildeten Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurden mehrheitlich BK-Leute gewählt. Wurm wurde Ratsvorsitzender, Niemöller sein Stellvertreter. Das alles aber sollte eine Übergangslösung sein. Deshalb löste sich auch der Reichsbruderrat nicht auf; er wollte sein Wächteramt weiterführen, bis neue kirchliche Leitungsgremien durch Gemeindewahlen zustande gekommen seien.

In diesem Sinne hatte Martin Niemöller in Treysa betont, „daß eine kirchliche Restauration auf der Grundlage der Zustände vor 1933 auf gar keinen Fall das Ergebnis sein darf, wenn nicht die ganzen Kämpfe, Leiden und Opfer der letzten zwölf Jahre umsonst gewesen sein sollen“. In einer bewegenden Ansprache hatte er auf die Nöte der Nachkriegszeit verwiesen und dann gleich hinzugesetzt: „Wir haben uns zu fra-

gen, was uns dahin gebracht hat. Die Not geht nicht zurück auf die Tatsache, daß wir den Krieg verloren haben; wer von uns möchte denn wünschen, wir hätten ihn gewonnen; wo würden wir erst stehen, wenn Hitler gesiegt hätte!... Unsere heutige Situation ist die Schuld unseres Volkes und der Nazis... Aber die eigentliche Schuld liegt auf der Kirche; denn sie wußte, daß der eingeschlagene Weg ins Verderben führte; und sie hat unser Volk nicht gewarnt.“ Deshalb habe die Kirche auch nicht in erster Linie die Faschisten anzuklagen; die fänden schon ihre Kläger und Richter. „Wir haben uns selber anzuklagen und daraus die Folgen zu ziehen!“

Die Forderung nach einem Schuldbekenntnis, wie sie Niemöller in Treysa im Namen des Reichsbruderrates erhob, wurde von den dort Versammelten nicht unterstützt. Ein vom Reichsbruderrat entworfenes „Wort an die Pfarrer“, das den Satz enthielt: „Wir bekennen unsere Schuld und beugen uns unter die Last ihrer Folgen“, fand keine Mehrheit. Bischof Wurm hatte in einer Erklärung zwar gesagt: „Wir weigern uns nicht, die Schuld mitzutragen, die die führenden Männer in Staat und Partei auf unser Volk gehäuft haben“ (von der eigenen Schuld ist da keine Rede), jedoch sogleich hinzugefügt: „Aber wir bitten zu bedenken, daß auch unser Volk durch einen unbarmherzigen Luftkrieg jahrelang Schrecken und Verluste in ungeheurem Maße zu tragen hatte.“ Ganz auf diesen Ton der Selbstrechtfertigung und Selbstgerechtigkeit ist die Erklärung des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Ende August 1945 gestimmt. In ihr heißt es: „Die im Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zusammengeschlossenen Landeskirchen haben in dem vergangenen Jahrzehnt im Gehorsam gegen das Bekenntnis der lutherischen Reformation den Irrlehren der Zeit, besonders der Deutschen Christen, widerstanden.“ Nicht ein Wort von Schuld und Versagen.

So war die Diskussionslage im deutschen Protestantismus, als am 18. und 19. Oktober 1945 während einer Tagung des Rates der EKD in Stuttgart eine repräsentative Delegation des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen erschien. Sie stand unter Leitung von Bischof Bell aus Großbritannien und Visser't Hooft, dem Generalsekretär dieses Rates. Beide hatten den Kampf der BK unterstützt und schon mit dem in den letzten Kriegstagen im KZ Flossenbürg ermordeten Dietrich Bonhoeffer die Frage eines Schuldbekenntnisses der deutschen Kirchen nach dem Krieg erörtert. Visser't Hooft hatte deutsche Kirchenvertreter wissen lassen, daß ein solches Schuldbekenntnis die Wiederherstellung ökumenischer Beziehungen, woran ihm sehr gelegen war, erleich-

tern würde. Nach einem intensiven Gedankenaustausch mit den Vertretern der Ökumene legte der Rat am 19. Oktober die weithin bekanntgewordene Stuttgarter Schuld-Erklärung vor. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Rat der EKD begrüßt bei seiner Sitzung am 18./19. Oktober 1945 in Stuttgart Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen. Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserer Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß er unsere Kirchen als sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, sein Wort zu verkündigen und seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk.

Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann.

So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: Veni, creator spiritus!“

Von heute her läßt sich manches Kritische gegen diese Erklärung einwenden:

- Sie wirft die Frage nach den Ursachen des Irrwegs des größten Teils des deutschen Volkes nicht auf.
- Sie ist nicht frei vom Geist der Selbstrechtfertigung: Man habe mutig bekannt und hätte es nur ein wenig „mutiger“ tun sollen ...

— Einige Mitglieder des Rates waren gegen eine Veröffentlichung der Erklärung, weil sie dann politisch mißbraucht würde.

Aber in der damaligen Situation wurde sie als ein Ruf zu Buße und Umkehr empfunden. Das macht nicht zuletzt die heftige Diskussion deutlich, die sie auslöste. Die säkulare Presse publizierte sie weithin mit Zustimmung. In der Kirche stieß sie auf heftigen Widerstand. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Schuldfrage während und im Umkreis von Treysa diskutiert worden war.

Martin Niemöller hatte den entscheidenden Satz in die Erklärung eingefügt, ohne den sie in der Tat unscharf geblieben wäre: „Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ Obwohl er der einzige unter den Verfassern war, der selbst jahrelang als „persönlicher Gefangener Hitlers“ im KZ gelitten hatte, machte er sich die Erklärung ganz persönlich zu eigen. Er hat immer wieder berichtet, wie er in den folgenden beiden Jahren von Gemeinde zu Gemeinde gereist sei, um Christen einzuladen, im Sinne dieser Erklärung Schuld zu bekennen, umzukehren und in Kirche und Gesellschaft einen Neuanfang zu machen. Leider sei er dabei zumeist auf taube Ohren, ja häufig auf Ablehnung und Empörung gestoßen.

Wider die Unbußfertigkeit

Wie ist es zu erklären, daß der Stuttgarter Ruf zur Umkehr so wenig gehört wurde? Die Kirchen waren nach dem 8. Mai 1945 die einzige einigermaßen intakt gebliebene Organisation, die auch über die Grenzen der Besatzungszonen hinweg Verbindungen aufrecht erhielt. Schon damals zeigten sich Ansätze zu einer Haltung, die in der Folgezeit bei einer ganzen Reihe von Kirchenführern noch deutlicher Gestalt gewann, daß nämlich die Kirchen in dieser Situation eine Art „Sprecher der Deutschen“ seien. Das wäre gut und richtig gewesen, hätte man dies als Verpflichtung verstanden, zu Umkehr und Neuanfang zu rufen und dabei selbst beispielhaft voranzugehen.

Aber genau dies geschah nicht. Einige der Unterzeichner der Stuttgarter Erklärung (vor allem A. Smussen, Dibelius und Wurm), versuchten ihre Veröffentlichung in Deutschland zu verhindern, sie unpolitisch zu interpretieren und damit insgesamt ihre Bedeutung herunterzuspielen. Die Masse der Theologen und viele Gemeindemitglieder lehnte sie ganz ab. Manche übten stattdessen Kritik an den Besatzungsmächten und protestierten gegen die Art, wie die Entnazifizie-

rung in den Westzonen durchgeführt wurde. Das alles mußte jene ermutigen, die mit der Vergangenheit nicht wirklich gebrochen hatten und allenfalls eine Neuauflage der Weimarer Republik wollten. Eine nicht geringe Zahl von Offizieren, von Juristen und Lehrern, die durch Entnazifizierungsverfahren ihre früheren Positionen verloren, kamen in die Kirchen und ließen sich zu Theologen und Katecheten ausbilden und in der kirchlichen Verwaltung einsetzen.

Pfarrer Jan L a s e r hat 1984 auf einem Ökumenischen Basisseminar der Christlichen Friedenskonferenz in Königswartha in einem Referat die Haltung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Sachsen in den Jahren 1945 und 46 analysiert. Er tat das an Hand von Pfarrer-Rundbriefen jener Zeit. Während man über wichtige Vorgänge in der EKD in den Rundbriefen immer spätestens einen Monat danach berichtet habe, wurde das Stuttgarter Schuldbekennnis erst vier Monate nach seiner Verabschiedung publiziert und als Erklärung bezeichnet, die „viel Staub aufgewirbelt hat“. Darüber hinaus wird folgender Kommentar angefügt: „Gegen diese Erklärung ist vor allem in Nordwestdeutschland lebhafter Einspruch erhoben worden. Es sind deshalb sogar Kirchenausritte erfolgt. Verschärfend gewirkt haben allerdings Kommentare der westeuropäischen Presse, die in dicken Schlagzeilen die Erklärung als ein Kriegsschuldbekennnis der EKD für Deutschland werteten.“

Als „höchst bedeutsam“ wird dagegen der Brief von Bischof Wurm an die Christen in England bezeichnet, dessen Wortlaut im Anschluß an die Stuttgarter Erklärung abgedruckt wird. In ihm finden sich folgende Sätze: „Gott läßt sich nicht spotten. Er verlangt von den Amerikanern, Briten, Franzosen genauso Buße und Sühne der Untaten wie von den Deutschen, und keine deutsche Gewalttat während des Krieges entschuldigt Gewalttaten, die Angehörige dieser Völker nach dem Krieg getan haben. Von den Russen rede ich schon gar nicht mehr, die haben ja kein Gewissen, an das man appellieren kann.“ Dem sächsischen Landessuperintendenten L a u geht es besonders darum, „ein neues klares, brüderliches Verhältnis zu den ehemals deutsch-christlichen Amtsbrüdern zu finden.“

Von Buße und Umkehr ist in diesem Zusammenhang nie die Rede. Jan Laser faßt das Ergebnis seiner Untersuchung so zusammen: „Es hat nicht nur keinen gemeinsamen Widerstand der deutschen Christenheit gegen das System des Nationalsozialismus gegeben, es hat 1945 – und das ist viel schlimmer – keinen wirklichen Neuanfang in unserer Kirche gegeben.“

Das Beispiel der sächsischen Pfarrerrundbriefe ist repräsentativ für die Grundhaltung in den meisten Landeskirchen. Hans-Joachim I w a n d, einer der Vertreter des linken Flügels der BK, schrieb am 23. 12. 45 an den Reichsbruderrat: „Weithin ist das Bemühen, bedenkliche DC im Amt zu behalten, viel wesentlicher als die Sorge um unsere Brüder aus der BK... Nachdem der ungeheure Zusammenbruch, den wir erlitten haben, jedermann die Augen öffnen könnte, wird hier mit halsstarrer Unbußfertigkeit jeder in seiner Wirksamkeit gehindert, der versucht, an der inneren Wandlung der Kirche zu arbeiten. Das sind Vorgänge, die uns immer tiefer ins Unglück hineintreiben.“

Wenn Iwand diese Vorgänge mit dem Begriff der „Unbußfertigkeit“ kennzeichnet, dann macht er auf ihre geistliche Dimension aufmerksam. Die Bibel spricht von Verstockung und Blindheit bei denen, die sich Herzen und Augen durch das Gerichtshandeln Gottes nicht öffnen lassen. Das alles geschieht auf der Basis der Wiederherstellung der Behördenkirche, die von der breiten kirchlichen „Mitte“ getragen wird. Hier wird bruchlos an reaktionär-konservative Traditionen angeknüpft, die den deutschen Protestantismus mit in die Katastrophe geführt hatten. Man konnte und wollte nicht sehen, daß der Faschismus nicht eine Art Betriebsunfall war, sondern daß er aus diesen reaktionär-konservativen Traditionen hervorgegangen war.

Im Blick auf diesen Tatbestand muß man es verstehen, wenn der Leipziger Theologe Siegfried K r ü g e l hinsichtlich der Stuttgarter Erklärung sagt, daß speziell in Sachsen „viele daraus keine praktischen Konsequenzen ziehen wollten.“ „Wir Leute der BK“, sagt er in einem „Standpunkt“-Interview (5/85), „waren im Kirchenkampf in Sachsen eine Minderheit. Die Deutschen Christen waren es gewiß auch. Aber die große Mehrzahl wurde von der sogenannten Mitte gebildet. Und – man muß dies mit aller Härte sagen – diese Tatsache hat es, wenn nicht verhindert, so doch stark behindert, daß nach 1945 eine wirklich bruderschaftliche Kirche sich herausbildete. Die alten organisatorischen Formen wurden schnell wieder in Geltung gesetzt. Die Personen waren gewiß andere. Aber es gab allzuvielen, die meinten, man könnte und sollte einfach wieder an die Weimarer Zeit anknüpfen. Es gab allzuvielen, die kein Verständnis dafür besaßen, daß es gegolten hätte, nun wirklich ein Neues zu fügen.“

Eine Kirche, die so auf die Zeitereignisse reagierte, wurde natürlich für manchen interessant, der an seinen konservativen Gesellschaftsvorstellungen festhalten wollte. Aus diesem Grunde wurde sie – wie Iwand das nannte – zum „Rückzugs-

gebiet für den verdrängten deutschen Nationalismus.“ Das umso mehr, als sie in der Zeit nach der Befreiung die einzige Organisation war, in der man solche Töne von sich geben konnte. Denn unter den neu zugelassenen politischen Parteien standen sogar die bürgerlichen Parteien in den westlichen Besatzungszonen damals noch weithin auf antifaschistischen Positionen. Der amerikanische Historiker Frederic Spotts, der die kirchliche Entwicklung in Deutschland nach 1945 untersucht hat, kann auf Grund seiner Studien in Archiven der damaligen US-amerikanischen Militärverwaltung auf eine Reihe von Fällen verweisen, in denen amerikanische Offiziere deutschen Kirchenführern, die in Gesprächen mit Vertretern der Besatzungsmacht ihre Kirchen als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ anboten, untersagten, ihre sowjetischen Verbündeten zu kritisieren.

Das änderte sich allerdings, nachdem die Westmächte zum kalten Krieg gegen die Sowjetunion aufriefen. Knapp ein Jahr nach der Schulderklärung hielt der damalige amerikanische Außenminister Byrnes gleichfalls in Stuttgart eine Rede, die diese Wende der USA-Politik signalisierte. Er wollte „aus Besiegten künftige Partner“ machen, erklärte er. Da nun abermals die Sowjetunion zum Hauptfeind gestempelt wurde, fühlten sich alle jene bestätigt, die unter faschistischem Vorzeichen gegen diesen Feind gekämpft hatten. Umkehr und Buße schienen nun überholte Parolen. Wenn es zu einem neuen Krieg kommen sollte – und solche Spekulationen tauchten damals auf –, würde man diesmal auf der richtigen Seite stehen. Die Kirchen hatten ohnehin an der Tradition des Antikommunismus festgehalten. Statt „Ort der Schulderkenntnis“ zu bleiben – so hatte Dietrich Bonhoeffer das Wesen der Kirche definiert –, trugen sie zur Verfestigung einer Haltung von Unbußfertigkeit und Selbstrechtfertigung bei.

In diese Situation hinein wurde das Darmstädter Wort gesprochen. Zu den Männern, die es verfaßten, gehörten außer Niemöller und Iwand u. a. der stellvertretende Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland Joachim Beckmann, die Theologieprofessoren Hermann Diem und Ernst Wolf und Studentenpfarrer Herbert Mochalski. Es mußte deshalb so ausführlich das Stuttgarter Schuldbekenntnis und sein Schicksal dargestellt werden, weil das Darmstädter Wort ohne diese Erfahrung nicht zu verstehen ist. Die Verfasser mußten erst die Ungebrochenheit konservativen Denkens unter Christen, das Wiederaufleben des Antikommunismus und die Zählebigkeit des kirchlichen Apparates, der die geistlichen und politischen Erkenntnisse der BK abblockte, erleben, um so reden zu können, wie sie dann am 8. August 1947 geredet haben.

II. Inhalt und Wirkung vor 40 Jahren

Mit Recht sagt der BRD-Theologe Günter Brakelmann: „Darmstadt war der Ruf, war die Aufforderung an den deutschen Protestantismus, mit seiner Geschichte ins reine zu kommen.“ Der Faschismus habe „jedenfalls im deutschen Protestantismus keinen politischen Gegner gehabt, wohl aber einen entscheidenden ideologischen Wegbereiter.“ Dies ohne die üblichen Wenn und Aber ausgesprochen zu haben, sei das Verdienst dieses Wortes. „Hier ist der Mut vorhanden gewesen, bestimmte Stränge deutscher Geschichte und speziell der Geschichte des Protestantismus für ganz bestimmte konkrete Entwicklungen, die sich als katastrophaler Irrweg erwiesen haben, verantwortlich zu machen.“ Und er unterstreicht: „Im Sinne Darmstadts muß man sagen, daß es das Blut der Opfer ist, das unsere Kirche, ihre Verkündigung und Theologie anklagt. Wenn man so fundamental und mit den Konsequenzen des Massenmordes geirrt hat, kann man nicht weitermachen wollen ohne radikale Buße, ohne den Verzicht auf den letzten Rest von Selbstrechtfertigung.“

Das Darmstädter Wort will ganz bewußt ein politisches Wort von Christen an Christen sein. Es ruft zu einer kompromißlosen Absage an eine nationalistisch-imperialistische Politik, wie sie im deutschen Faschismus Tod und Zerstörung über einen ganzen Kontinent gebracht hatte – zur Absage auch an den Antikommunismus, mit dem jene Politik „gerechtfertigt“ wurde. Es warnt vor dem beginnenden kalten Krieg und der einseitigen Parteinahme daran auf der Seite des Westens, weil es darin den alten Antikommunismus am Werke sieht. In einem Kommentar zum Darmstädter Wort, der im Auftrage des Reichsbruderrates von Joachim Beckmann, Hermann Diem, Martin Niemöller und Ernst Wolf verfaßt und im Februar 1948 veröffentlicht wurde, heißt es: „Wenn die Kirche heute etwa gegen den Bolschewismus als solchen predigen oder bekennen würde, so würde sie damit genau das tun, was die ‚Deutschen Christen‘ ihr im Jahr 1933 zumuteten, als sie von ihr ein Bekenntnis gegen Pazifismus und Marxismus verlangten – in einer Situation, in der sie damit nur das ausgesprochen hätte, wonach allen die Ohren jückten.“

Der Kommentar sieht jedenfalls in der anhebenden „Auseinandersetzung zwischen Ost und West alle im Wort behandelten Fragen in neuer und überaus bedrängender Weise aktuell werden.“ Er stellt fest: „Die politisch und wirtschaftlich allmählich unüberbrückbar erscheinende Kluft zwischen Rußland und Amerika, die drohende Auseinandersetzung

zwischen beiden und die Hoffnung, daß wir dabei politisch und vielleicht auch militärisch wieder bündnisfähig werden könnten, geben heute dem Nationalismus in Deutschland den stärksten Auftrieb. Und dieser ist wieder dabei, ein Bündnis mit der Kirche einzugehen, indem er zu einer neuen antibolschewistischen Front zur „Rettung von Christentum und abendländischer Kultur“ aufruft.“ Dem gelte es zu widerstehen. Als positive politische Ziele werden demgegenüber formuliert:

- der „Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker“,
- das Eintreten für „die Sache der Armen und Entrechteten“, und
- der „Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient.“

Absage an den Konstantinismus

Die politische Wegweisung, die das Darmstädter Wort gab, läßt sich nicht von den geistlich-theologischen Überzeugungen seiner Verfasser trennen. Diese waren wesentlich im Kampf der Bekennenden Kirche geprägt worden. Sie zeigten sich in einem neuen Bibel- und Kirchenverständnis, in dessen Zentrum die mündige Gemeinde steht. Deshalb ist das Darmstädter Wort kirchlich-theologisch eine prinzipielle Absage an den Konstantinismus, an das Bündnis von Thron und Altar, das seit Konstantin die Gestalt der Kirche bestimmt hatte.

Genau dieses Bündnis mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten (das auch in der Zeit des Faschismus trotz mancher Spannung funktioniert hatte) war die Ursache dafür, daß die Kirche mitschuldig geworden war. Sie hatte eine Gestalt angenommen, die wenig Ähnlichkeit mit den christlichen Gemeinden hatte, wie sie das Neue Testament zeigt. Niemöller nennt diese konstantinische Kirche eine „Behördenkirche“. Er hatte schon in Treysa festgestellt: „Wir sind eine Behördenkirche gewesen, und dieser Umstand hat es uns erleichtert, nur das traditionell Übliche zu tun und nicht weiter zu fragen, was denn eigentlich unsere Verantwortung war; die Kirche der Zukunft wird nie wieder Behördenkirche sein dürfen.“

Die konstantinische Kirche partizipiert an der Macht und ist um ihre Selbsterhaltung besorgt. Die Gemeinde Jesu Christi sieht im Dienst an den Menschen ihren Sinn und ist um ihres Herrn willen zur Selbstaufgabe bereit. Schon Dietrich

Bonhoeffer hatte im faschistischen Gefängnis geschrieben: „Unsere Kirche, die in diesen Jahren nur um ihre Selbsterhaltung gekämpft hat, als wäre sie ein Selbstzweck, ist unfähig, Träger des versöhnenden Wortes für die Menschen und für die Welt zu sein... Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist.“ Werner Schmauch sagte 1948 in Görlitz: „Die Kirche des Wortes ist niemals für sich selbst da, sondern immer und ausschließlich nur: für alles Volk! Sie kann es als einzige Größe in der Welt sich leisten, um ihres Auftrags willen sich ständig und überall selbst zu opfern, ohne fürchten zu müssen, daß ihre Existenz dadurch gefährdet wird.“

Etwas davon hatte man in den Gemeinden der BK erlebt, und es war die große Hoffnung aller daran Beteiligten, daß die Kirchen sich in Richtung auf diese Erfahrung wandeln würden. Freilich hatte Bonhoeffer schon im Mai 1944 darauf verwiesen, daß der mit der BK einsetzende Umschmelzungsprozeß der Kirche noch lange nicht zu Ende sei, und geschrieben: „Jeder Versuch, ihr vorzeitig zu neuer organisatorischer Machtentfaltung zu verhelfen, wird nur eine Verzögerung ihrer Läuterung und Umkehr sein.“

Genau das aber geschah nach der Befreiung vom Faschismus. Die Losung für den kirchlichen Wiederaufbau bringt wohl am treffendsten Bischof Dibelius in seiner Autobiographie zum Ausdruck: „Es mußte etwas Neues geschaffen werden. Und — dies Neue mußte irgendwie das Alte sein.“ Eine Behördenkirche erstand neu, von der Niemöller sagte, daß sich ihr praktisches Handeln „nicht mehr in der Sphäre des Glaubens bewegte, sondern im Rahmen des Möglichen“. Von dem Mann, der an der Spitze der Neuorganisierung der Kirche stand, Bischof Wurm, schreibt Günther Dehn: „Der Gedanke, daß die Männer der Kirchenleitung sich in ihren Entschlüssen zu allererst von theologischen Überlegungen bestimmen lassen müßten, lag ihm fern. Ich hatte ähnliche Erfahrungen mit dem Berliner Konsistorium gemacht.“ Hier zeigte sich schlagartig der tiefe geistliche Schaden, den das jahrhundertlange Bündnis der Kirche mit der Staatsmacht angerichtet hatte.

Die Enttäuschung derer, die auf eine Erneuerung der Kirche gehofft und dafür gearbeitet hatten, war groß. „Was niemand von uns für möglich gehalten hätte“, schrieb Iwand, „ist Wirklichkeit geworden: Wir haben in unserer kirchlichen Entwicklung einen großen Schritt zurückgetan — hinter alles, was die Bekennende Kirche jemals erreicht und bezeugt zu haben glaubte.“

Das Darmstädter Wort ist ein letzter Versuch, auch auf die-

sem Feld die restaurative Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. Von der Kirche ist nur einmal in ihm die Rede: im Zusammenhang mit dem falschen Bündnis, das aufgekündigt werden muß. In den Thesen 5 und 6 wird von der Gemeinde Jesu Christi und dem ihr aufgetragenen Dienst gesprochen. Dahinter steht die Einsicht, daß die Kirche nicht einfach jenes falsche Bündnis aufkündigen und dabei die alte bleiben könnte. Sie muß, will sie dieses Bündnis lösen, sich selbst tiefgreifend wandeln, hin zu einer Kirche, die ihre Mitte in mündigen Gemeinden hat und die ihr Gegenüber nicht primär im Staat sieht, sondern die bewußt in der Gesellschaft lebt.

Theologen der BK haben, um die Aufgabe der Gemeinde für die Welt zu beschreiben, auf Jesu Gleichnisse vom Salz der Erde und Licht der Welt (Mt. 5, 13 ff.) zurückgegriffen. Das Salz ist wertlos, wenn es bei sich selbst bleibt, es muß ganz aufgehen in der Suppe, wenn es wirken will. Kann man sich eine Behördenkirche, ein Konsistorium als Salz der Erde vorstellen?

Gesellschaftliche Neuorientierung

Im Kern zielte das Darmstädter Wort auf die gesellschaftliche Neuorientierung der christlichen Gemeinde. Das bedeutete zunächst einmal die Auflösung der jahrhundertelangen Bindung der Kirche an die konservativen gesellschaftlichen Mächte. Aber an ihre Stelle sollte nicht einfach eine neue Bindung: an progressive Kräfte treten. Es ging vielmehr darum, den kirchlichen Auftrag in Freiheit und Unabhängigkeit zu erfüllen. Weil es zu diesem Auftrag gehört, „an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilzunehmen“, wie Dietrich Bonhoeffer betont hatte, braucht die Kirche eine gesellschaftliche Grundorientierung. Das Darmstädter Wort beschreibt sie mit Stichworten wie: Veränderung gesellschaftlicher Lebensformen im Interesse des Zusammenlebens der Menschen, die Sache der Armen und Entrechteten, Recht, Wohlfahrt, Friede und Versöhnung der Völker. Die Gemeinde Jesu Christi sollte sich auf die politischen Kräfte orientieren, die solche Ziele verfolgen, ohne eine institutionelle Bindung an sie einzugehen.

Anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus würdigte Gerald Götting in einem Referat bei einer Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit kirchlichen Amtsträgern das Darmstädter Wort als die Formulierung der Konsequenzen aus dem Kampf der Bekennenden Kirche. Nach längeren Zitaten aus dem Text stellte er fest: „Als wir christlichen Demokraten 1949 beschlos-

sen, die DDR mitzugründen und mitzugestalten, da taten wir das in der Gewißheit, auf diese Weise tätige Mitverantwortung zu übernehmen für einen deutschen Staat, der dem Recht des Volkes und der Wohlfahrt der Menschen, dem Frieden und der Verständigung der Völker dient.“

Für eine solche gesellschaftliche Neuorientierung bestanden 1945 nach der Zerschlagung des faschistischen Machtapparates die besten Voraussetzungen. Joachim Beckmann beschreibt im „Kirchlichen Jahrbuch 1945–48“ die Situation so: „Für die Evangelische Kirche in Deutschland war eine Lage entstanden, wie sie seit der Reformation noch nie bestanden hatte. Sie konnte sich jetzt in einer solchen Freiheit entfalten, wie sie ihr bisher vorenthalten war. Sie konnte sich eine Gestalt ihres Lebens und ihrer Ordnung geben, wie sie allein ihrem Selbstverständnis entsprach. Niemand wollte sie in eine bestimmte politische Richtung lenken. Niemand versuchte, ihr etwas aufzuzwingen. Sie stand, befreit zu ihrer eigenen Verantwortung, vor der Aufgabe, sich selbst eine Ordnung zu geben, wie sie ihr nach der Schrift und den Bekenntnissen der Kirche erforderlich schien.“

Leider hat die Kirche diese Chance kaum genutzt. Die jahrhundertelange Bindung an den Staat hatte ihre Gestalt so sehr geprägt, daß sie geistlich auf Unabhängigkeit und Eigenverantwortung überhaupt nicht vorbereitet war. So richtete man die ganze Kraft zunächst auf die Wiederherstellung der Behördenkirche. Das geschah zumindest bei einigen der führenden Kirchenmänner auch mit einer bestimmten politischen Abzweckung. Die wiederhergestellte Kirche sollte in einem künftigen deutschen Staatswesen über Macht und Einfluß verfügen, nicht um zu dienen – wie Bonhoeffer und andere gefordert hatten –, sondern um ihre Interessen durchzusetzen.

Ganz in diesem Sinne war das „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“ verfaßt, das Anfang Oktober 1945 auftauchte. Es stammt aus der EKD-Kanzlei, die damals von Asmussen geleitet wurde, und trägt die Unterschrift von Bischof Wurm „im Namen des Rates der EKD“. Es geht von der These aus, daß der Hauptgrund für das Emporkommen des Faschismus in Deutschland darin zu suchen sei, daß man die „Grundsätze christlicher Lebensordnung im öffentlichen Leben“ verlassen habe. Deshalb erwache der EKD für die Zukunft „die große und schwere Aufgabe, weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft einzuwirken.“ Schließlich wird die Notwendigkeit betont, gemeinsam gegen den „Säkularismus“ zu kämpfen, dafür die „gegenseitige geistige und politische Annäherung beider Konfessionen vorzu-

bereiten“ und in diesem Sinne „ein politisches Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden christlicher Union zu ermöglichen.“

Dies ist ein Programm eines kaum getarnten politischen Klerikalismus. Statt in jener Notsituation zuerst zu fragen, wo Hilfe nötig sei, wurde versucht, die eigenen Interessen durchzusetzen und die Kirche zu einer einflußreichen politischen Kraft zu machen. Dabei knüpften die Vertreter solcher Vorstellungen bruchlos an den traditionellen Antikommunismus an; denn nichts anderes verbirgt sich hinter der Formel vom notwendigen gemeinsamen Kampf gegen den Säkularismus. Als dann ab 1946 in den Westzonen die Weichen auf gesellschaftliche Restauration gestellt werden, findet diese Entwicklung in den Kirchen engagierte Fürsprecher. Das „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“ erweist sich als ein Versuch, der westdeutschen CDU eine Art kirchliche „Begründung“ zu geben: jener Partei also, die die gesellschaftliche Restauration zum Hauptinhalt ihrer Politik macht.

Statt den Weg der Umkehr zu beschreiten, der zugleich der Weg in eine neue Freiheit gewesen wäre, blieb die Kirche – unter neuem Vorzeichen – in der Gefangenschaft der Bindung an die konservativen Kräfte. Gerade weil den Verfassern des Darmstädter Wortes die verhängnisvollen Konsequenzen dieser Fehlentscheidung vor Augen standen, versuchten sie zur Korrektur dieser Entscheidung und damit zur gesellschaftlichen Umorientierung im Sinne der biblischen Botschaft zu rufen.

Aber sie stießen auf taube Ohren. Hatte das Stuttgarter Schuldbekenntnis noch zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, so wurde das Darmstädter Wort innerhalb der EKD kaum zur Kenntnis genommen. Die Masse des Bürgertums und des Kleinbürgertums, das die große Mehrheit der Kirchenmitglieder stellte, war froh, ohne Buße und Umkehr fast genau so weiterleben zu können wie bisher. Emil Fuchs beschreibt in einem Brief vom Oktober 1949, in dem er dem damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher seine Übersiedlung in die DDR mitteilt, diese Haltung so: „Der Kreis sogenannter christlicher Menschen, der durch die Katastrophe nicht nur in Angst gejagt wurde, sondern wirklich erschüttert und erneuert ist, hat sich als sehr klein erwiesen. Die Massen der Christen und ihrer Geistlichen sind nach dem Abflauen der Angst in das alte gutbürgerliche Christentum zurückgesunken.“ Das gebe nun Politikern die Möglichkeit, die Wiederaufrichtung der alten Klassenherrschaft als Rückkehr zum Christentum zu bezeichnen.

Ein prophetisches Wort

In der Zeit des Alten Testaments beurteilen einzelne Propheten eine bestimmte politische Situation und geben konkrete Weisung vom Wort Gottes her. Nach dem Neuen Testament ist die prophetische Beurteilung der Zeichen der Zeit eine Aufgabe der ganzen Gemeinde, die sich daraus ergibt, daß sich Gottes Geist allen Gliedern der Gemeinde mitteilt. In der Zeit des Konstantinismus ist diese kritische Funktion der Gemeinde unterdrückt worden. Im Zeichen geistlicher Erneuerung gilt es, nicht nur das allgemeine Priestertum der Gläubigen, sondern auch ihr allgemeines Prophetentum, wie Paulus es in 1. Kor. 14 beschreibt, wieder zu erwecken.

Das Darmstädter Wort ist ein Beispiel neuen prophetischen Redens, weil es einerseits die Analyse einer konkreten politischen Situation vornimmt und andererseits diese Situation im Lichte biblischer Grundlinien beurteilt und von daher zu eindeutigen Handlungsanweisungen kommt. Mit der Klarheit und Unbedingtheit seiner Aussagen steht es in der prophetischen Tradition der Bibel, aber offensichtlich auch damit, daß es eher Verstockung als Umkehr bewirkte.

Inzwischen haben solche prophetischen Stimmen in der Christenheit zugenommen. Eines der letzten herausragenden Beispiele war das „Kairos-Dokument“ südafrikanischer Christen.

Aufnahme in der BRD

1961 schrieb Martin Niemöller: „Ich denke heute an die Jahre zwischen 1949 und 1954 als an die dunkelsten Jahre meines Lebens zurück, dunkler selbst als die acht Jahre im Gefängnis und Konzentrationslager. Denn damals hoffte ich noch auf den Wandel, der nach dem Kriege kommen mußte; jetzt gab es keinen Zweifel mehr: Dieser Wandel war nicht eingetreten.“ Genau dieser Tatbestand erklärt, warum ein Wort, das solchen Wandel voranbringen wollte, aufs ganze gesehen zunächst wirkungslos blieb. 1951 löste sich der Reichsbruderrat der BK auf.

Erst mit der Remilitarisierung in der BRD und mit den Bestrebungen der Regierung Adenauer, die neugebildete westdeutsche Armee mit Atomwaffen auszurüsten, brach eine umfassende innerkirchliche Debatte los. In der Nachfolge der BK formierten sich die Kirchlichen Bruderschaften, die 1958 in ihrer Frankfurter Erklärung den Massenvernichtungsmitteln eine klare theologische Absage erteilten.

So sehr in den Bruderschaften der Geist von Darmstadt weiterlebte, explizit wurde auf das Wort in dieser Auseinandersetzung nur ganz selten Bezug genommen. 1960 publizierte Friedrich-Wilhelm Marquardt ein Büchlein unter dem Titel „Kirche der Menschen“, in dem ein ganzes Kapitel dem Darmstädter Wort gewidmet war, aus dem der West-Berliner Theologe vor allem die Ermutigung für die Kirche herauslas, dem Sozialismus (wie er etwa in der DDR Gestalt annahm) unvoreingenommen zu begegnen und den Antikommunismus zu überwinden. Zum 25. Jahrestag des Darmstädter Wortes 1972 druckte die Halbmonatsschrift „Stimme der Gemeinde“ den im Frühjahr 1948 verfaßten Kommentar zum Darmstädter Wort nach und veröffentlichte außerdem eine Würdigung des Wortes aus der Feder von Renate Riemack. Die westdeutsche Historikerin nannte es „nicht nur ein historisches Dokument aus der ersten Nachkriegszeit, sondern eine Handreichung für das Verständnis unserer bundesrepublikanischen Gegenwart“. In der Tat: inzwischen hatte sich die antikomunistische Konfrontationspolitik Adenauers als Fehlschlag erwiesen. Unter Willy Brandt wurden die Weichen auf Entspannung gestellt. Innenpolitisch hatte sich in Gestalt der Jugend- und Studentenbewegung ein stark gesellschaftskritisches Potential formiert.

So war es sicher kein Zufall, daß das Darmstädter Wort nach 30 Jahren im westdeutschen Protestantismus die Diskussion und Auseinandersetzung auslöste, auf die man unmittelbar nach seiner Formulierung vergeblich gewartet hatte. Nach gründlicher Vorbereitung versammelten sich Anfang Oktober 1977 in Darmstadt an die tausend Vertreter zumeist linker christlicher Gruppen (wie Evangelische Studentengemeinde, Christen für den Sozialismus, CFK, Goßner-Mission, Kirchliche Bruderschaften) mit den Vätern aus der BK (wie Niemöller, Gollwitzer, Albertz, Symanowski, Werner Koch). Einer der jüngeren Teilnehmer, der Religionslehrer Jürgen Reichel, schilderte seine Situation so: „Bis vor drei Jahren hatte ich (Jahrgang 1945, theologisches Studium seit 1964, in kirchlichen Diensten seit 1972) noch nie etwas vom Darmstädter Wort gehört.“ Auch im umfassendsten theologischen Nachschlagewerk „Religion in Geschichte und Gegenwart“ tauche der Begriff nicht auf. Seine Erfahrung im Religionsunterricht habe ihn dazu geführt, sich die antifaschistische Tradition bewußt zu machen. Er beschreibt eine Unterrichtsstunde: „Wir besprechen in einer kaufmännischen Berufsschulklasse den Nationalsozialismus. ‚Hitler hat auch Gutes geschaffen.‘ Ich gehe darauf ein. ‚Die anderen Länder sind auch nicht besser.‘ Ich gehe darauf ein. ‚Was gehen uns

die alten Geschichten an; das ist doch alles längst vorbei.‘ Ich gehe darauf ein. Zieht eine Schülerin das Fazit, vorwurfsvoll: ‚Ich glaube, Herr R., Sie wollen uns gegen Hitler aufhetzen.‘ — So geschehen im Jahre 1976.“

Die Versammlung in Darmstadt 1977 war bewußt ökumenisch konzipiert, weil die Probleme, die in jenem Wort 30 Jahre zuvor anvisiert worden waren, inzwischen globale Ausmaße angenommen hatten. Sie können nicht mehr primär unter nationalem Aspekt angegangen werden. Gäste aus Frankreich, Griechenland, Holland, der DDR, Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Christlichen Studentenweltbundes (aus Indien und Italien) waren am Gespräch beteiligt. In einer der Arbeitsgruppen wurde festgelegt: „Seit 1947 hat sich nicht nur nichts geändert, sondern wir erkennen heute noch schärfer, wie in der gegenwärtigen Situation die alten Mächte wieder stark werden.“ Deshalb gehöre der Kampf für Abrüstung zu den wichtigsten Aufgaben der Christen. „Der Militarisierung nach innen entspricht die Eskalierung des internationalen Wettrüstens, dessen menschenverachtender Höhepunkt die Neutronenbombe ist.“ So liegt es in der Konsequenz dieser Tagung, daß sich auf ihr verschiedene regionale Friedensgruppen zur Aktion „Christen für die Abrüstung“ zusammenschlossen.

Angesichts neuer Erfahrungen geht man nach 30 Jahren natürlich auch über die Darmstädter Sätze hinaus — aber immer unter Beibehaltung des Grundansatzes. So unterstrichen beispielsweise Georges Casalis und Dorothee Sölle, daß für Christen heute „der Marxismus nicht mehr bloßes Gegenüber, auch in der Gestalt einer Mahnung, wohl aber eine unentbehrliche Begrifflichkeit und Methodologie, ein entscheidendes Werkzeug zur Analyse der gesellschaftlichen, kirchlichen, persönlichen und biblischen Wirklichkeiten“ sei. Und — auch aufgrund der Beiträge von Teilnehmern aus der DDR — formulierte eine andere Arbeitsgruppe die Erfahrung: „Die Arbeit von Christen in sozialistischen Ländern und Bewegungen oder in oppositionellen Volksbewegungen hat überall nicht dazu geführt, daß der christliche Glaube verloren ging, sondern er ist für die engagierten Christen aufs neue lebendig geworden.“

Trotz der Feststellung „Die Bindung der Kirche an das Bürgertum ist heute noch genau so intakt wie 1947“ stand 1977 in Darmstadt die Kritik an dieser Kirche nicht im Zentrum, sondern die Frage nach den gemeinsamen Aufgaben politischer Verantwortung. Wenn die westdeutsche EKD sich trotzdem von dieser Veranstaltung distanzierte und ihr jegliche finanzielle Unterstützung verweigerte, dann demonstriert

das besser als alles andere, daß sich ihre Haltung gegenüber dem Darmstädter Wort seit 30 Jahren nicht geändert hat. Und abermals 10 Jahre später, auf dem VI. Ökumenischen Symposium über Friedensfragen, das Anfang Februar 1987 unter dem Thema „Umkehr zu neuem Denken“ von der Sektion Theologie der Humboldt-Universität Berlin und dem CFK-Regionalausschuß veranstaltet wurde, stellte der einzige Referent aus der BRD, Pastor Konrad Lübber t, Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes, völlig unpolemisch fest: „Ich komme aus einer Restaurationskirche.“

Wirkung in der DDR

Die sowjetische Besatzungszone und – seit 1949 – die Deutsche Demokratische Republik nahm eine der westdeutschen entgegengesetzte politische Entwicklung. Hier wurden nicht die alten Machtstrukturen und Besitzverhältnisse wiederhergestellt, sondern wurde – zunächst als Konsequenz aus dem Potsdamer Abkommen und später im Verfolg des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft – eine tiefgehende revolutionäre gesellschaftliche Wandlung vollzogen. Daran waren von Anfang an Christen, vor allem Mitglieder der CDU, beteiligt. Die Kirchen hingegen ließen sich zunächst wenig von dieser Entwicklung beeinflussen. Ihr Wiederaufbau verlief dem in den westlichen Besatzungszonen ziemlich parallel.

Das Darmstädter Wort wurde noch im August 1947 von der Wochenzeitung „Die Kirche“ und wenig später in der Monatschrift „Zeichen der Zeit“ veröffentlicht. In einem Artikel für das „Neue Deutschland“ würdigte Pfarrer Rackwitz, der zu den religiösen Sozialisten gehörte, es als „eine hochbedeutende Kundgebung, die allgemeine Beachtung verdient“. Natürlich wurde das Darmstädter Wort von linken Vertretern der BK begrüßt. Der sächsische Landesbruderrat empfahl es in einem Rundbrief den Gemeinden „zum ersten Studium“. Aber wie es um viele dieser Gemeinden stand, spiegelt ein Brief des Leipziger Religionswissenschaftlers Walter Baetke, der selbst Mitglied dieses Bruderrates war, vom Januar 1948 wider. Leider, so schreibt Baetke, habe dieses Wort „nicht das Verständnis und das Echo im Lande gefunden, das man erwarten sollte... Man will nicht zugeben, daß eine geschichtliche Schuld der Kirche darin liegt, daß sie die bürgerliche Ordnung mit Gottes Ordnung verwechselte und es unterließ, sich in dem ‚Klassenkampf‘ entschlossen auf die Seite der Armen und Schwachen zu stellen und dem Bürgertum die Augen zu öffnen und das Gewissen zu schärfen. Von dem allen will man auch heute nichts wissen.“

Daß in einer Kirche, in der Antikommunismus fortlebte und die sich auch in der sowjetischen Besatzungszone als Behördengemeinschaft wieder etabliert hatte, Darmstadt auf taube Ohren stieß, mag verständlich sein, so schmerzlich es bleibt. Es meldete sich aber auch Widerspruch aus den Reihen der BK selbst – vor allem aus den Provinzialbruderräten Berlin und Brandenburg, was nur zeigt, wie stark auch deren Vertreter von der allgemein-kirchlichen Stimmung beeinflusst waren. Überhaupt scheint das Darmstädter Wort hier stärkere Proteste aus den eigenen Reihen provoziert zu haben als in den westlichen Besatzungszonen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß der im Februar 1948 veröffentlichte Kommentar zum Darmstädter Wort zweimal ausdrücklich darauf Bezug genommen hat. Man müsse, so heißt es da, „gerade die Brüder im Osten dringend bitten, bei der Prüfung unserer Sätze zu bedenken, ob der Widerspruch, der sich bei ihnen in besonderer Weise regen könnte (!), nicht daher kommt, daß sich bei ihnen jene Front (des Antikommunismus – C. O.) zu verfestigen beginnt. Ihr Widerspruch wäre dann gerade auch für sie selbst ein Zeichen dafür, wie notwendig es war, dieses Wort zu sprechen.“ Gleichzeitig macht man darauf aufmerksam, daß von der Haltung der Kirche dort ein großer Einfluß auf die Entscheidung der Kirche im Westen ausgehe: „Findet die Kirche im Osten den Weg zu jener in Barmen bekannten Freiheit gegenüber ihrer staatlichen Umwelt, so hat die Kirche im Westen keinen Vorwand mehr, in jene Front einzuschwenken, und kann dadurch auch für sich selbst den Weg zu jener Freiheit leichter finden.“

Die „Kirche im Osten“ fand den Weg in diese Freiheit zunächst nicht. Zwar hatten Kirchenmänner die Bodenreform und den Volksentscheid für die Enteignung der Kriegsverbrecher unterstützt. Bischöfe wie Moritz Mitzenheim und Niklot Beste nahmen an der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden teil. Aber aufs ganze gesehen war die Kirche auch hier weder politisch noch vor allem geistlich auf die neue Situation vorbereitet. Obwohl die Kräfte, die sich die Kirche seit Jahrhunderten dienstbar gemacht hatte, hier ein für allemal entmachtet waren, blieb die Kirche innerlich auf sie ausgerichtet und hoffte noch jahrelang auf ihre Restauration.

Das mußte natürlich zu Spannungen mit dem neuen Staat führen und auch mit der CDU, die diesen Staat mittrug. So forderte im Dezember 1955 der Vorsitzende der CDU, Otto Nuschke, von den Kirchen in der DDR eine „neue gesellschaftspolitische Orientierung“. Damit sei nicht gesagt, betonte er, „daß das Evangelium mit irgendeinem politischen

oder ideologischen Programm verklammert werden soll. Damit ist nur gesagt, daß die Kirchen in der DDR im Blick auf ihre gesellschaftliche Schuld in den vergangenen 150 Jahren ihren Weg der Verkündigung und des Apostolats unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen suchen und finden und unserem Volk bei der Erhaltung des Friedens helfen müssen.“

Wesentliche Beiträge zu diesem mühsamen Prozeß der Standortfindung kamen von jenen Christen, die die gesellschaftlichen Veränderungen, die in der sowjetischen Besatzungszone eingeleitet und dann mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR fortgeführt wurden, als notwendige Konsequenzen aus den Irrwegen deutscher Geschichte verstanden. Sie fanden im Darmstädter Wort Ermutigung und Wegweisung. Viele von ihnen hatten als Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union politische Verantwortung übernommen. So war es kein Zufall, daß das Zentralorgan dieser Partei „Neue Zeit“ am 25. September 1957 aus Anlaß des 10. Jahrestages des Darmstädter Wortes einen Leitartikel abdruckte. Darin wird das Wort als eine Art „Programm der gesellschaftlichen Neuorientierung der deutschen Christenheit“ bezeichnet und unterstrichen, daß die in ihm geforderte Umkehr zum „Ernstnehmen der neuen gesellschaftlichen Realitäten“ führen müsse.

Auf einer Theologentagung, die der Friedensrat im Mai 1960 in Dresden durchführte, erinnerte der Jenenser Theologe Erich Hertzsch an die Bedeutung des Darmstädter Wortes. Das tat auch Pfarrer Ulrich Heilmann vom Weißenseer Arbeitskreis in einem Beitrag über „Kirchliche Bruderschaften“ für eine von der CDU 1961 unter dem Titel „Suchet der Stadt Bestes“ herausgegebene Informationsbroschüre über die evangelischen Kirchen in der DDR.

In den folgenden Jahren wurde der Text von Darmstadt von jenen Christen, die sich für die neue Gesellschaft und ihre Friedenspolitik engagierten, immer intensiver rezipiert, immer häufiger auf Tagungen und in Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze zitiert. Das gilt für Theologen, die im Friedensrat mitarbeiteten, für Mitglieder der Kirchlichen Bruderschaften, für die neben dem Weißenseer Arbeitskreis vor allem die Kirchliche Bruderschaft Sachsens zu nennen wäre, die von Pfarrer Walter Feurich geleitet wurde. Das trifft aber auch auf die Goßner-Mission und auf jene Theologen zu, die aus der Tradition des Religiösen Sozialismus kamen, sowie auf Vertreter der Sektionen Theologie an den Universitäten.

Es ist sicher kein Zufall, daß die gründlichste Untersuchung zur Entstehung des Darmstädter Wortes von einem jungen Theologen aus der DDR, Hartmut Ludwig, vorgelegt wur-

de, der eben deshalb einer der Referenten auf der erwähnten Darmstädter Versammlung 1977 war. Schließlich muß in diesem Zusammenhang die 1958 gegründete Christliche Friedenskonferenz genannt werden, in der zahlreiche Vertreter der genannten Gruppen, Organisationen und Institutionen aktiv wurden.

Zu einem Höhepunkt der Rezeption wurde ein Kolloquium zum Darmstädter Wort, das im Mai 1976 an der Sektion Theologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfand und dessen Materialien zum 30. Jahrestag des Wortes im August 1977 in der evangelischen Monatsschrift „Standpunkt“ publiziert wurden. Aus dem gleichen Anlaß veröffentlichte der Union Verlag 1977 in der Reihe Fakten/Argumente unter dem Titel „Charta der Neuorientierung – die Rezeption des Darmstädter Wortes heute“ eine materialreiche Studie von Gert Wendelborn.

So erwies das Darmstädter Wort in einer Zeit, in der es in den institutionellen Kirchen fast vergessen war, unter politisch engagierten Christen in der DDR eine wachsende Ausstrahlungskraft und Lebendigkeit. Das konnte natürlich auf die Dauer nicht ohne Auswirkung auf die Kirchen bleiben. Im Sommer 1956 hatte der Cottbuser Generalsuperintendent Günter Jacob vor einer außerordentlichen EKD-Synode in Berlin einen weithin beachteten Vortrag über das Ende des Konstantinischen Zeitalters gehalten. Obwohl er, der selbst aus der BK kam, damit ein zentrales Thema des Darmstädter Wortes aufgriff, findet sich in seinem Vortrag nicht ein einziger Verweis auf dieses Wort. Das war symptomatisch für die Situation in den Kirchen damals. Ein Jahrzehnt später zitierte der gleiche Kirchenmann in einem Vortrag über „Vergangenheit – Last und Hilfe“ (1967) den vollständigen Text des Wortes und fügte kommentierend hinzu: „Dieses Wort ist sehr zum Schaden für unsere Kirche inzwischen längst totgeschwiegen worden. Doch haben wir allen Anlaß, uns darauf neu zu besinnen. Wenn uns die Aufgabe unausweichlich gestellt bleibt, mit unserer eigenen Vergangenheit ins reine zu kommen, dann ist gerade dieses Darmstädter Wort eine ausgezeichnete Anleitung und Hilfe... Es ist höchste Zeit, daß wir nachholen, was wir 1947 versäumt haben.“

1969 trennten sich die evangelischen Landeskirchen in der DDR organisatorisch von der EKD und bildeten den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Es ist bemerkenswert, daß in den Diskussionen, die diesem wichtigen Schritt vorausgingen und folgten, wiederholt auf das Darmstädter Wort hingewiesen wurde. In dem ersten Rechenschaftsbericht nach der Bundesgründung auf der Bundessynode in Potsdam-Her-

mannswerder zitierte der Vorsitzende des Bundes, Bischof Dr. Albrecht Schönher, aus dem Darmstädter Wort und unterstrich: „Seine Aussagen sind nach 23 Jahren noch erstaunlich aktuell.“ Er erinnerte an den Irrweg der Kirche und die Notwendigkeit der Umkehr und sagte: „Auf dem Hintergrund einer solchen Besinnung sehen wir den Auftrag der Kirchen in der DDR und den unseres Bundes.“

Unter dem Darmstädter Stichwort „Hinkehr zum Nächsten“ führte Bischof Schönherr weiter aus: „Wir werden nur dann die ganze Fülle der Freiheit erfahren, zu der uns Gott in Jesus Christus berufen hat, wenn wir unser ganzes Leben in Seinen Dienst stellen, in dem Er uns an den Menschen weist, und zwar nicht nur in der privaten Sphäre, sondern auch in Gesellschaft und Politik. Christus stellt uns in die Verantwortung für das Ganze — für die Stadt, für den Staat, in welchen wir leben. Wir werden uns gegenseitig dazu helfen müssen, die Aufgaben zu erfüllen, die uns in dieser Verantwortung zufallen. Die Kirche, die ihren Irrweg bekennt und ‚zu einem neuen, besseren Dienst... freigesprochen‘ ist, wird nicht die alten Vorrechte und Privilegien in Anspruch nehmen können und wollen. Sie wird lediglich um das Recht bitten müssen, ihrem Herrn ungehindert dienen zu können. Als Kirche des Gekreuzigten ist sie nicht zum Herrschen, sondern zum Dienen berufen.“

Die hier vorgenommene Standortbestimmung wurde in den folgenden Jahren weitergeführt; sie fand ihren präzisen Ausdruck schließlich in der Formel „Kirche im Sozialismus“. Rückblickend wird man einen tiefen Sinn darin erkennen, daß den Kirchen in der DDR die Bedeutung des Darmstädter Wortes für ihren Weg aufging, als sie anfangen, sich bewußt als Kirchen in einer sozialistischen Gesellschaft zu verstehen, als sie sich nicht länger neben oder gar gegen diese Gesellschaft stellen wollten. Damit trafen sie eine Entscheidung, die in der Linie von Darmstadt lag. Es war eine parteiliche Entscheidung, die aber nicht in eine neue politische Bindung führte, weil sie der Parteilichkeit Gottes für den Menschen — wie sie das Evangelium bezeugt —, entspricht.

III. Das Darmstädter Wort heute

Daß die Ausstrahlungskraft des Darmstädter Wortes immer noch wächst, daß seine Bedeutung heute klarer erkannt wird als zur Zeit seiner Entstehung — das hat seinen Grund darin, daß sich seine Warnungen, aber auch seine Orientierungen in den vergangenen vier Jahrzehnten aufs ganze gesehen als zutreffend erwiesen haben. Hinzu kommt aber auch, daß von ihm her heute Orientierungen gegeben werden können angesichts der internationalen Entwicklungen und Probleme unserer Zeit. Das hängt sicher damit zusammen, daß die Entscheidungssituation, in der es formuliert wurde, keine isolierte deutsche Angelegenheit war, sondern daß sich in ihr politische Entwicklungslinien kreuzten, die inzwischen — so oder so — ihre weltpolitische Relevanz erwiesen haben.

Was sind solche Wegweisungen, die Christen für ihre politische Praxis heute aus dem Darmstädter Wort gewinnen können?

Antikommunismus als Schuld bekennen

„Es gibt kein anderes kirchliches Dokument, das so klar und eindeutig bestimmte Irrungen theologischer und politischer Natur beim Namen nennt wie das Darmstädter Wort. Es macht die Schuld als politisch schuldhaftes Versagen einer Kirche fest.“ Diese Feststellung traf der frühere Magdeburger Bischof und Vorsitzende des DDR-Kirchenbundes Dr. Werner Krusche in einem vielbeachteten Vortrag über „Schuld und Vergebung — der Grund christlichen Friedenshandelns“ im Juni 1984 in Kiel. Das war der Ausgangspunkt für das Darmstädter Wort: Ohne das Erkennen und Benennen nicht nur persönlicher, sondern auch politischer Schuld gibt es keine Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt.

Es brauchte 40 Jahre, bis eine breite Diskussion darüber in den protestantischen Kirchen der BRD zustande kam. Einen wesentlichen Anstoß hatte der DDR-Bischof mit dem zitierten Referat gegeben, das zu den wichtigsten prophetischen Stimmen gehört, die aus dem Raum des DDR-Protestantismus gekommen sind. Krusche erinnert daran, daß man zwar Schuld gegenüber den Juden bekannt hatte, aber „zu einem Bekenntnis unserer Schuld gegenüber den Kommunisten und dem Sowjetvolk, also gegenüber denen, die dem Nationalsozialismus den entschiedensten Widerstand geleistet bzw. im Kampf gegen ihn die schwersten Opfer gebracht hatten, ist es indessen nie gekommen.“ Und er fügt hinzu: „Die Ausblendung

der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine Kirche, die diese besondere Schuld nicht sehen konnte und nicht sehen wollte, hatte und hat einer antikommunistisch emotionalisierten und ideologischen Politik mit ihren Folgewirkungen nichts entgegenzusetzen.“

Solche Worte lösten vor allem in christlichen Friedens- und Solidaritätsgruppen einen Prozeß des Nachdenkens aus. 1985 legten beispielsweise die Arbeitsgemeinschaften „Solidarische Kirche Westfalen und Lippe“ Thesen zum Thema „Unser Umgang mit der Schuld Deutschlands gegenüber der Sowjetunion – Anstöße und Wege zu einem friedenspolitischen Neuanfang“ vor. Aber auch Landessynoden griffen diese Sache auf. Im Herbst 1985 faßte die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen mit großer Mehrheit einen Beschluß „Zur Aufgabe einer Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“, in dem es u. a. heißt: „Noch immer belastet verdrängte Schuld offensichtlich unser Verhältnis insbesondere zu den Völkern der Sowjetunion. Versöhnung allein kann die Grundlage bieten für eine verstärkte Politik des Friedens und der Partnerschaft gegenüber der Sowjetunion, die heute dringend geboten ist. Die Arbeit am Prozeß der Versöhnung duldet deshalb keinen weiteren Aufschub. Die Landessynode bittet die Gemeinden, sich in diesem Sinne nachdrücklicher als bisher mit den Vorgängen und Folgen des letzten Krieges mit der Sowjetunion zu befassen. ... Sie beauftragt den Präses und die Kirchenleitung, dafür zu sorgen, daß in den Gremien der EKD diese Aufgabe und Problematik vorrangig bearbeitet wird.“

1986 gaben westdeutsche Theologen einen Sammelband unter dem Titel „Brücken der Verständigung. Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion“ heraus. In ihm schreibt Pfarrer Volkmar Deile: „Der Auftrag der Versöhnung mit der Sowjetunion zielt mitten in das antikommunistische Grundverständnis unserer Gesellschaft.“ Andreas Zumaich von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste stellt fest: „Die deutsche Schuld gegenüber der Sowjetunion aus zwei Weltkriegen wirklich anzunehmen hieße, die Bedrohtheitsgefühle der Menschen in der Sowjetunion ernstzunehmen und zum Ausgangspunkt für die eigenen sicherheitspolitischen Schritte zu machen.“ Und der langjährige Beigeordnete Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Konrad Raiser bezeichnet die Veränderung der Einstellung zur Sowjetunion in der BRD als Grundvoraussetzung für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa. Der Sammelband enthält auch einen Beitrag, in dem ein Historiker den Charakter des Vernichtungskrieges

untersucht, den der Faschismus gegen die Sowjetunion führte. Eine seiner Schlußfolgerungen lautet: „Der wichtigste Faktor für die so weitgehende Einbeziehung der Wehrmacht in die Ausrottungspolitik war der militante Antikommunismus, der auch Nichtnationalsozialisten dazu brachte, zumindest Teile dieser Politik zu akzeptieren.“

Vom 21. bis 23. November 1986 versammelten sich 1 100 Vertreter von über 30 verschiedenen christlichen Friedens-, Dritte-Welt- und Ökologiegruppen in der BRD in Siegen zu einer II. Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Es war beeindruckend, daß fast in der Hälfte der 50 Arbeitsgruppen dieses Treffens die Notwendigkeit der Überwindung des Antikommunismus und der Gestaltung eines positiven Verhältnisses zur Sowjetunion zu den wichtigsten Friedensaufgaben von Christen gezählt wurden. In einer der Arbeitsgruppen wurde eine kirchliche „Denkschrift zur Versöhnung mit der Sowjetunion, in der ‚die Tatsachen genannt‘ werden und antikommunistische Polemik verurteilt wird“ gefordert und gleichzeitig vorgeschlagen, dies auch zum Hauptthema einer kirchlichen Friedenswoche zu machen. Es ist interessant, zu sehen, wie bei solchen Überlegungen immer wieder auch an das Darmstädter Wort angeknüpft wurde. In einem anderen Arbeitsgruppenbericht finden sich folgende Sätze:

„Die Kirchen sind herausgefordert, die Versöhnung mit der Sowjetunion nicht länger aufzuschieben, zu verdrängen oder sogar zu verhindern. Hierzu gehört die Anerkennung der Friedensfähigkeit, -willigkeit, -würdigkeit der Sowjetunion durch die Kirchen, auch das Eingeständnis der eigenen Schuld und das Wagnis zu Offenheit in diesem Versöhnungsprozeß. Konkrete Anregung zum Jahr 1988 (dem 1 000. Jahr der „Taufe Rußlands“) wäre: ein neues „Darmstädter Wort“. Dieses neue Wort sollte in die SU gebracht werden (konkret, personal) und zugleich von Versöhnungsfesten hier bei uns an der Basis mitgetragen werden.

In dem ‚Wort‘ sollte u. a. bekannt werden, daß die langanhaltende Verurteilung des Kommunismus zugleich unsere enge Bindung an den Kapitalismus und die westliche Militärstrategie bewirkt hat (Wir sind in die Irre gegangen!). Wir sollten bekennen, daß die Angst der Russen vor Deutschland begründet war und ist. Die Kontakte zur SU sollten vertieft und von einseitigen Vorleistungen in der Abrüstung begleitet werden.“

Gäbe es ein besseres Beispiel dafür, daß das Darmstädter Wort gerade in kirchlichen Aktionsgruppen lebendig ist?

Das Darmstädter Wort bezeichnet den „Traum von einer besonderen deutschen Sendung“ als einen der verhängnisvollen Irrwege, die Deutschland in der Vergangenheit beschritt. Diese Absage an ein übersteigertes nationales Sendungsbewußtsein gewinnt in einer Welt, die immer mehr zu einer ganzheitlichen Welt wird, die nur durch das verantwortliche und kompromißbereite Miteinander aller Staaten erhalten werden kann, wachsende Bedeutung.

Heute ist es das „Sendungsbewußtsein“ der USA, das den Weltfrieden gefährdet. Die besonderen historischen Umstände, die vor über 200 Jahren zur Entstehung der USA führten, haben ein Sendungsbewußtsein wachsen lassen, das zunächst antif feudale, antikoloniale und demokratische Züge trug. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts erhielt es immer stärker nationalistische, rassistische und imperialistische Akzente.

Dabei trug es von Anfang an weithin religiöse Züge. Unter den Einwanderern aus aller Herren Länder erwiesen sich christliche Überzeugungen, zumeist in einer protestantisch-puritanischen Ausprägung, als das einigende Band. Bei der Herausbildung eines Nationalbewußtseins spielten biblische Geschichten und Gestalten eine große Rolle. Man verglich sich mit dem Volk Israel, das Gott aus der ägyptischen Knechtschaft in einer ähnlichen Weise befreite, wie die Einwanderer den Despoten der „Alten Welt“ Europas entflohen waren: in das gelobte „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Daraus leiteten sie die Verpflichtung ab, auch allen anderen Menschen zu solcher Freiheit zu verhelfen. 1845 drückte das der Publizist J. O'Sullivan so aus: „Es ist die von Gott gegebene Berufung der Vereinigten Staaten, die Kontrolle über ganz Nordamerika auszubreiten und der Welt auf den Weg zur Demokratie, Freiheit und rechten Glauben zu verhelfen.“

Mit dem Übergang zum Imperialismus waren die USA immer mehr bereit, diese Weltbeglückungsmission notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen und anderen ihren „American way of life“ aufzuzwingen. Das führte in unserer Zeit zu einer – um wieder mit dem Darmstädter Wort zu reden – „militärischen Machtentfaltung“ von bisher einmaligen Ausmaßen. Genau dieser Umstand aber macht das übersteigerte Sendungsbewußtsein, das etwa zur 200-Jahr-Feier der USA 1976 erneut unterstrichen wurde, zur Gefahr für den Frieden.

Hinzukommt, daß diese Überzeugung bei den zur Zeit Herrschenden und bei vielen Einwohnern der USA verbunden ist mit einer Haltung, gegen die sich die 3. und 4. These des Darmstädter Wortes wenden. Man sieht sich selbst als zur „christli-

chen Front“ der Guten und Gerechten gehörig, die gegen die Bösen und Ungerechten kämpfen, und man versteht das als göttlichen Auftrag. Präsident Reagan hat das immer wieder kundgetan, und Tag für Tag strahlen Hunderte von Radio- und Fernsehstationen religiöse Sendungen aus, die den Endkampf zwischen den Guten und den Bösen – die ihre Inkarnation vor allem im Kommunismus gefunden haben – als unvermeidlich und bald bevorstehend hinstellen. Dieser Kampf wird nach den Vorstellungen evangelikaler Fernsehprediger die Gestalt eines Atomkrieges haben, der alle Menschen vernichtet – mit Ausnahme der wirklich „wiedergeborenen Christen“, die – wenn dies geschieht – „entrückt“ und gerettet werden.

Im Sinne des Darmstädter Wortes müßte es zur prophetischen Aufgabe der Kirchen heute gehören, diesem gefährlichen Mißbrauch biblischer Aussagen mit Nachdruck entgegenzutreten. Erfreulicherweise lehnen die im Nationalrat der Kirchen Christi in den USA zusammengeschlossenen protestantischen und orthodoxen Kirchen ebenso wie die katholische Kirche diese Verirrungen ab. Zum Zwecke der Auseinandersetzung damit haben einige Kirchen in Washington ein „Christie Institute“ ins Leben gerufen. Sein Forschungsdirektor Dr. Andrew Lang sagte kürzlich in einem Vortrag an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität Berlin, daß nach seiner Sicht diese „religiöse Theorie eines unvermeidlichen, aber überlebenden Nuklearkrieges“ gefährlicher sein könne als Theorien von Generälen und Politikern.

In den letzten Jahren mehren sich die Stimmen in den Kirchen der USA, die die hier skizzierte Haltung und ihre religiöse Begründung einer scharfen Kritik unterziehen. Schon 1973 schrieb der in der Ökumene hoch geachtete Vertreter der Episkopalkirche in den USA William Stringfellow ein Buch, in dem er sein Land im Lichte biblischer Grundaussagen analysierte. Er gab ihm den bezeichnenden Titel „Eine Ethik für Christen und andere Fremdlinge in einem fremden Land“. Darin unterzieht er jene Christen einer geradezu prophetischen Kritik, die „der eitlen Vorstellung Vorschub leisten, daß Amerika eine von Gott bevorzugte Nation“ sei. Die von ihnen vertretene „bürgerliche Religion“ sei das Gegenteil von dem, wozu das Wort der Bibel rufe. Jim Wallis, eine der führenden Gestalten des christlichen Teils der Friedensbewegung in den USA, wendet sich in einem 1981 erschienenen Buch über „Bekehrung zum Leben – Nachfolge im Atomzeitalter“ gegen jene evangelikalen Prediger, „die das amerikanische Volk zu dem Glauben verführt haben, daß ihre Nation die beste, größte und gesegnetste der Welt sei“. In

Wirklichkeit, so sagt er, „leben die USA in einer der egozentrischsten Kulturen aller Zeiten. Unser Wirtschaftssystem ist die gesellschaftliche Umsetzung und Überhöhung von persönlichem Egoismus.“ Er sieht in der Atombombe das Antizeichen zum Kreuz Christi: „Die Bombe droht damit, das Werk des Kreuzes ungeschehen zu machen. Im Kreuz werden alle Dinge versöhnt; von der Bombe werden alle Dinge vernichtet. Im Kreuz wird die Gewalt besiegt; bei der Bombe ist die Gewalt Sieger. Im Kreuz ist der Tod verschlungen; mit der Bombe triumphiert der Tod.“

In ihrem Friedenshirtenbrief aus dem Jahr 1986, den sie ausdrücklich als prophetisches Wort an die eigene Kirche verstanden wissen wollen, sagen die hundert methodistischen Bischöfe der USA: „Unser unbedingtes Nein zum Nuklearkrieg und zu jedem Gebrauch von Atomwaffen ist viel mehr als eine Sache ethischer Kalkulation. Es ist vielmehr eine Absage an den nuklearen Götzendienst, der sich anmaßt, die Herrschaft des Gottes des Friedens über alle Nationen und Völker zu usurpieren.“

Solche Aussagen konkretisieren für heute, was das Darmstädter Wort vor 40 Jahren in prophetischer Weise zum Ausdruck brachte. Wer in der Sicht der Bibel erwählt ist, der ist erwählt zum Dienst an anderen und nicht zur Herrschaft über sie.

Sozialismus: Perspektive für die Armen und Entrechteten

Als besonders aktuell erweist sich das Darmstädter Wort dort, wo es „die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommandem Reich zur Sache der Christenheit“ erklärt und gleichzeitig unterstreicht, daß die „marxistische Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen.“ Zweifellos ist das Darmstädter Wort tendenziell kapitalismuskritisch. Es ist gewiß kein „Sozialistenbeschuß“. Mit dieser Bezeichnung versuchte Asmussen antikommunistische Ressentiments gegen das Wort zu mobilisieren. Aber daß der Text eine gewisse Affinität zum Sozialismus oder zu sozialistischen Lösungen aufweist, macht die 5. These deutlich. Walter Baetke hatte schon Anfang 1948 geschrieben, „daß das Wort sich gegen eine kirchliche Haltung richte, die sich der Einsicht verschließe, daß in den Forderungen der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterschaft ein berechtigtes Anliegen steckt.“

Das Darmstädter Wort verwechselt den Sozialismus nicht

mit dem Reich Gottes. Aber es sieht in ihm die Möglichkeit zu gerechteren Lösungen. Im Februar 1968 richteten die evangelischen Bischöfe der DDR im Rahmen der Diskussion um die neue, sozialistische Verfassung einen Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates. Darin berufen sie sich in eben diesem Zusammenhang auf das Darmstädter Wort. Die entsprechende Passage des Briefes lautet: „Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen. Als Christen lassen wir uns daran erinnern, daß wir es weithin unterlassen haben, ‚die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommandem Reich zur Sache der Christenheit zu machen‘ (Darmstädter Wort des Bruderrates zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. 8. 1947).“ Genau in diesem Sinne engagieren sich Christen seit Jahrzehnten bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft.

Das, was wir heute als „Dritte Welt“ mit ihren Problemen und Herausforderungen bezeichnen, war 1947 Christen in Deutschland noch nicht ins Bewußtsein getreten. Der Prozeß der Befreiung der Völker Asiens und Afrikas von der Kolonialherrschaft stand in seinen allerersten Anfängen (Indien, Indonesien, Ägypten). Er entfaltete sich erst in den fünfziger Jahren, und es dauerte noch einmal ein Jahrzehnt, bis er von Christen intensiv reflektiert wurde. Das geschah etwa auf der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft, zu der der Ökumenische Rat der Kirchen 1966 nach Genf eingeladen hatte. In den siebziger Jahren entwickelte sich – ausgehend von katholischen Gemeinden – die Theologie der Befreiung. 1980 veröffentlichte die Kommission für den kirchlichen Entwicklungsdienst nach einem längeren Studienprozeß ein Dokument mit dem Titel „Für eine mit den Armen solidarische Kirche“. Das sind nur Beispiele für Entwicklungen in der Ökumene, die in eine Richtung laufen, wie sie vom Darmstädter Wort angedeutet worden war.

Die meisten der jungen Nationalstaaten mußten die Erfahrung machen, daß mit der Erringung der politischen Unabhängigkeit der Kampf um ihre Befreiung keineswegs vollendet war. Ökonomisch blieben sie von den früheren Kolonialmächten abhängig. Die Hoffnungen, mittels Entwicklungshilfe diese Abhängigkeit zu verringern und vielleicht ganz zu überwinden, erwiesen sich als trügerisch. Im Gegenteil: solange Entwicklungsländer Teil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems blieben (und das trifft auf die große Mehrheit jener Länder zu), waren sie den Wirkungsmechanismen kapitalistischer Ökonomie ausgesetzt, die – vereinfacht ausgedrückt –

die Armen ärmer und die Reichen reicher machen. So ist heute die Dritte Welt durch eine unvorstellbar große Schuldenlast an die kapitalistischen Industrieländer gebunden. Sie finanziert einen Teil der Wirtschaft dieser Länder, während in weiten Teilen der Dritten Welt Armut und Elend zunehmen.

Genau dieser Umstand hat in Kreisen der Ökumene in wachsendem Maße die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Man bezeichnet es als einen Skandal, daß von all den Christen in der Welt, die Glieder des einen Leibes Jesu Christi sind, die einen (die in den kapitalistischen Industriestaaten beheimatet sind) von Blut, Schweiß und Tränen der anderen (die in den Entwicklungsländern ihr Leben fristen) leben. Der westdeutsche Theologe Ulrich Duchrow, der lange Zeit beim Lutherischen Weltbund gearbeitet hat, hält das für eine Bekenntnisfrage heute. In einem Buch, das den bezeichnenden Titel trägt „Weltwirtschaft heute – Ein Feld für Bekennende Kirche“, schreibt er im Blick auf den Kapitalismus: „Wenn die Grundbedürfnisse aller Menschen nicht mehr die erste Priorität des Weltwirtschaftssystems sind, wie es mit Recht der ÖRK und die US-Bischöfe fordern, sondern wenn um des Besser-Lebens einiger Menschen willen der Massentod von Millionen Armen in Kauf genommen wird, so scheint der springende Punkt die Frage zu sein: Steht die Kirche für das *Leben aller Menschen und der ganzen Erde* oder steht sie auf der Seite des Systems, das Massentod vieler und Zerstörung der Erde zumindest toleriert, wenn nicht gar aus so eingerichteten Mechanismen notwendigerweise betreibt?“ Wenn Duchrow damit Christen aufruft, diesem System kritisch gegenüberzutreten und es möglicherweise zu verändern, dann greift er Intentionen von Darmstadt auf.

Wie anders als durch sozialistische Lösungen sollte denn auch heute den Armen und Entrechteten dieser Welt wirksam geholfen werden! Viele der heutigen sozialistischen Staaten waren doch selbst einst Gebiete extremen Elends, das sie erfolgreich überwunden haben. Zwar verfügen die sozialistischen Länder naturgemäß nur über begrenzte Möglichkeiten bei der materiellen Hilfe für Entwicklungsländer. Trotzdem sind ihre Leistungen auf diesem Gebiet beachtlich. Insbesondere weist das Modell gleichberechtigter, ausbeutungsfreier Wirtschaftsbeziehungen, das sie im Verhältnis zu ihnen gestalten, den Weg in die Zukunft. Das Neue Testament ist erstaunlich nüchtern, wenn es zur Frage arm und reich Stellung nimmt, weil es diese Frage nicht unter moralischen Gesichtspunkten beurteilt. Jesus preist alle Armen selig (weil ihre Situation verändert werden soll), und er verdammt alle Reichen.

In diesem Sinne wird man heute feststellen müssen: Weil die kapitalistischen Industrieländer durchschnittlich 300 bis 400 Milliarden Dollar pro Jahr an Werten aus den Entwicklungsländern ziehen, leben die Christen in ihnen objektiv zu einem beträchtlichen Teil von Schweiß, Blut und Tränen der Menschen aus der Dritten Welt – auch wenn sie subjektiv dagegen agieren. Umgekehrt sind Christen in sozialistischen Ländern Mitglieder einer Gesellschaft, die objektiv nicht auf Kosten anderer lebt. Eine solche Position steht in größerer Affinität zu den Aussagen des Neuen Testaments. Stärkung und weitere Ausgestaltung dieser Gesellschaft ist deshalb schon in sich Hilfe für die Sache der Armen und Entrechteten.

Vom Irrweg der Konfrontation zur Koalition der Vernunft

Das Darmstädter Wort redet auch vom Frieden: von der Notwendigkeit der „Versöhnung der Völker“ und von der Verpflichtung der Deutschen „im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker mitzuarbeiten“. Wissenschaftlich-technische, ökonomische und politische Entwicklungen haben in den seither vergangenen vier Jahrzehnten dazu geführt, daß sich die Friedensfrage heute in qualitativ neuen Dimensionen stellt. Die Menschheit ist zum erstenmal in ihrer Geschichte technisch in der Lage, sich selbst auszulöschen. Diese Selbstvernichtung dürfte unvermeidlich sein, wenn sie die Wege nicht verläßt, auf denen sie sich gegenwärtig befindet, wenn es nicht gelingt, den Irrweg der Konfrontation zu verlassen und international zu umfassender Zusammenarbeit zu kommen.

Das Darmstädter Wort war ein Ruf zur Umkehr; es ist heute auch deshalb aktuell, weil Umdenken und neues Herangehen an die Fragen unserer Zeit geradezu zur Existenzfrage der Menschheit geworden sind. Michail Gorbatschow hat im Februar 1986 in einem Interview mit der französischen KP-Zeitung „Humanité“ festgestellt: „Es sind nicht einmal eine beispiellose Dummheit oder ein Verbrechen notwendig, damit es zum Schlimmsten kommt. Es genügt, weiter so zu handeln, wie jahrtausendlang gehandelt wurde – sich bei der Lösung internationaler Angelegenheiten auf Waffen und militärische Stärke zu verlassen und sie gegebenenfalls auch anzuwenden.“ Und auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU präziserte er: „Für Kriege und die Politik der Stärke ist die Welt von heute viel zu klein. Sie kann nicht gerettet und erhalten werden, wenn man nicht entschieden und ein für allemal mit der Denk- und Handlungsweise bricht,

die jahrhundertelang auf die Vertretbarkeit und Zulässigkeit von Kriegen und bewaffneten Konflikten basierte.“

Zur Unterstützung dieses notwendigen Umdenkprozesses und zum Begreifen der neuen Qualität der Friedensfrage bietet das Darmstädter Wort Hilfen und produktive Ansatzpunkte. Denn es hat damals schon den Frieden als eine globale Angelegenheit begriffen, wenn es von den gemeinsamen Aufgaben der Völker und dem Zusammenleben der Menschen im Diesseits spricht. Dabei leistet es nicht dem Traum von einer harmonisch-paradiesischen Welt Vorschub. Es ignorierte nicht die neu aufgebrochenen Spannungen zwischen West und Ost, die Teile der deutschen Bevölkerung zu „Spekulationen um einen kommenden Krieg“ verführten.

Diese Spannungen waren es gerade, die die Verfasser mit dazu veranlaßten, ihren Text zu formulieren. Sie hatten nicht die Tatsache vergessen, daß USA und UdSSR gemeinsam gegen den deutschen Faschismus gekämpft hatten, der die menschliche Zivilisation zu zerstören drohte. In dieser Gemeinsamkeit, die die ideologischen und politischen Gegensätze zwischen ihnen nicht verwischte, sahen sie eine hoffnungsvollere Perspektive für die Menschheit als in der Wiederaufnahme des antikommunistischen Kreuzzuges. In diesem Sinne war das Darmstädter Wort eine Absage an die Konfrontationspolitik des kalten Krieges, die uns heute helfen kann, den Irrweg der Konfrontation zu verlassen und zu einer Koalition der Vernunft und des Realismus zu kommen.

Ganz in diesem Sinne führt die Christliche Friedenskonferenz in der DDR seit 1985 jährlich Ende April in Torgau internationale Treffen durch, auf denen in Erinnerung an das Zusammentreffen amerikanischer und sowjetischer Truppen an der Elbe bei Torgau über Lehren und Anstöße diskutiert wird, die die Antihitler-Koalition für die Herausbildung einer Koalition der Vernunft und des Realismus heute vermittelt.

Wenn das Darmstädter Wort Christen aufruft, sich „in großer Nüchternheit der Verantwortung bewußt“ zu werden, dann geht es eben um die nüchterne Erkenntnis der Gefahr, in der die Menschheit schwebt, und gleichzeitig um die Einsicht, daß nur breiteste Zusammenarbeit mit und in allen Ländern diese Gefahr bannen kann.

In eben diese Richtung weist auch, was der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, auf einem internationalen Kolloquium im März 1987 aus Anlaß der 750-Jahr-Feier Berlins sagte: „Es ist unser Wunsch und unser Ziel, mit allen zusammenzuwirken, die am Frieden, an einer gesicherten Zukunft der Menschheit interessiert sind. Allein eine Politik, die auf Verständigung, auf möglichst gutnachbarliche Beziehungen gerichtet ist,

wird den Erfordernissen unserer Epoche gerecht. In diesem Sinne erstrebt unsere Republik eine weltumspannende Koalition der Vernunft und des Realismus, damit die Weltlage gesunden kann.“

Dazu ihren Beitrag zu leisten, sind Kirchen und Christen im Sinne des Darmstädter Wortes verpflichtet.

Aus gottlosen Bindungen befreit zum Friedensdienst

Das Darmstädter Wort ist der Überzeugung, daß die gesellschaftliche Neuorientierung, zu der es die Kirche um ihres Auftrages willen ruft, letztlich nur von einer erneuerten Kirche vollzogen werden kann. Eine Kirche, die sich aus den Bindungen an die Herrschenden befreien läßt für den Dienst in der Gesellschaft, kann wohl auch in ihrer äußeren Gestalt auf die Dauer nicht dieselbe bleiben.

Walter Bredendiek hat 1969 in einem Aufsatz über die Entwicklung des deutschen Protestantismus in der jüngsten Vergangenheit im Blick auf die DDR-Situation festgestellt: „Die sozialistische Revolution hat die Fesseln endgültig gesprengt, die die evangelische Kirche in Deutschland jahrhundertlang an die Klassengesellschaft banden. Erneuern freilich kann keine Revolution und keine Gesellschaftsordnung die christliche Kirche. Das kann sie nur selber tun, gebunden an das Evangelium und durch diese Bindung befreit zum Dienst für die Welt.“ Er fügt hinzu: „Wir sind dankbar dafür, daß bereits mancher Schritt auf dem Wege zu solcher Erneuerung unserer Kirchen getan wurde. Wir werden darüber freilich nicht die Augen davor verschließen, daß noch viel zu tun übrigbleibt.“

Zwar sind inzwischen weitere Schritte in diese Richtung getan worden. Aber das, worum es dem Darmstädter Wort zentral ging, kommt auch heute nur schleppend voran. Auch auf dem Gebiet der DDR brachte der Wiederaufbau kirchlicher Leitungs- und Verwaltungsstrukturen zunächst wieder das hervor, was Martin Niemöller mit dem Begriff „Behördenkirche“ bezeichnete. Freilich mußte diese Kirche sich allmählich auf die sie umgebende neue Gesellschaft einstellen und dabei manches an ihrer Struktur verändern. Aber eine Kirche, deren Gestalt durch eine jahrhundertlange Teilhabe an Herrschaftsfunktionen (etwa auf dem Gebiet der Schule) geprägt worden war, konnte sich kaum in wenigen Jahren auch strukturell zu einer Kirche des Dienstes wandeln, obwohl das die Intention des 1969 gegründeten DDR-Kirchenbundes war, der sich bald programmatisch als „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ bezeichnete.

Allerdings ist mit bloßen Zielstellungen noch nicht viel erreicht, weil es da primär um geistliche Prozesse an der Gemeindebasis geht, die eher durch die Aufnahme des Rufes von Darmstadt gefördert werden könnten als durch Anstöße, die aus der Verwaltung kommen. Die Frage ist z. B., ob die gegenwärtig geführte Diskussion um die „Eigenständigkeit“ kirchlichen Friedensdienstes nicht für diese Problematik symptomatisch ist.

Der sozialistische Staat und seine politischen und gesellschaftlichen Organisationen – einschließlich der CDU – haben keine Probleme, die Eigenständigkeit kirchlicher Friedensarbeit anzuerkennen und dankbar als Beitrag im gemeinsamen Ringen zu begrüßen. Aber es ist ein Unterschied, ob ein anderer meine Eigenständigkeit bestätigt der Beweis von oder ob Eigenständigkeit Hauptziel meines Redens und Tuns ist. Letzteres führt notwendigerweise dazu, daß mich nicht mehr in erster Linie die Sache interessiert, daß vielmehr die Sache von der Sorge überdeckt wird, meine Eigenständigkeit bei ihrer Behandlung nicht zu verdunkeln. Es ist zu fragen, ob sich in diesem Insistieren auf Eigenständigkeit nicht – vielleicht völlig unreflektiert – das Eigengewicht des kirchlichen Apparates gegenüber der Dienstfunktion der Gemeinde manifestiert.

Dann würde aber das Kennzeichen der Kirche nicht mehr die Freiheit zur Selbsthingabe sein, sondern das Gesetz der Selbstbehauptung. Und wäre das nicht eine der gottlosen Bindungen, die heute den freien und dankbaren Dienst an Gottes Geschöpfen hindern? In der Erklärung der CFK-Regionalkonferenz vom Dezember 1986 heißt es: „Wer sich vom Friedensruf des Evangeliums in Bewegung setzen läßt, der braucht um seine Eigenständigkeit nicht besorgt zu sein, weil des Christen Eigenständigkeit im Dienst und Dasein für andere besteht.“ In zahlreichen Äußerungen kirchlicher Friedensarbeit setzt sich dies durch. Gerade hier zeigt sich eine wachsende Übereinstimmung mit der Friedenspolitik der DDR. Indem es unsere Kirchen in wachsendem Maße auf diesem Felde zu klaren politischen Stellungnahmen veranlaßt, erweist das Darmstädter Wort auch hier seine prophetische Qualität und Effektivität.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR
- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU – Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte
- 227 Wolfgang Heyl, Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz von Helsinki
- 228 Burkhard Schneeweiß, Gesunde Kinder – Glück der Eltern und Ziel unserer Gesellschaft. Die gesundheitliche Fürsorge um die heranwachsende Generation
- 229/ 230 Gerhard Fischer, Die Hugenotten in Berlin – Zum 300. Jahrestag des Edikts von Potsdam und zum 750jährigen Bestehen Berlins
- 231 Gerald Götting, 40 Jahre Vereinte Nationen – Bilanz und Ausblick
- 232 Wolfgang Heyl, CDU im Bündnis – Zu einigen Aspekten des Wachstums und der Bedeutung der Bündnispolitik
- 233 Apartheid – unmenschlich und widerchristlich. Eine Erklärung der CDU und das KAIROS-Dokument südafrikanischer Christen
- 234 Manfred Stolpe, Kirche „1985“ und 2000 – Sammlung, Öffnung, Sendung
- 235 Hans Krätzig, Entscheidung für Frieden und Fortschritt – Christliche Demokraten beim Volksentscheid in Sachsen 1946
- 236 Hans-Georg Schöpf, Moderne Wissenschaft und christliche Verantwortung – Spitzentechnologien als ethische Herausforderung
- 237 Frank E. Lippold, Die „bulgarische Spur“ – Das Papst-Attentat und der „Fall Antonow“
- 238 Krieg und Frieden im Atomzeitalter – Botschaft des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche
- 239 Günter Wirth, Schweitzers tätige Humanität – Eine Analyse seiner Goethe-Studien
- 240 Werner Wünschmann, Aus christlicher Ethik und Tradition – Christliche Künstler in der sozialistischen Gesellschaft
- 241 Wolfgang Heyl, Einklang von Rationalität und Humanität – Zu sozialetischen Aspekten der Volkswirtschaft der DDR

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin